

VORTRAGSREIHE

Donnerstag, 22. November 2012 / 18.30 Uhr

Sondertarifrecht des Handwerks

Referent:

Professor Dr. Volker Rieble,
Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht

Gliederung

I. Verliehene Innungs-Tariffähigkeit

1. Prinzip
2. Vorrang des Landesinnungsverbandes
3. Bundesinnungen und Bundesinnungsverbände
4. Freie Handwerksverbände?
5. Zusammenwirken von Innungen und Tarifverbänden
6. Exkurs: Flucht aus dem Industrie- in den Handwerkstarif?

II. Handwerksrechtliche Grenzen der Tarifzuständigkeit

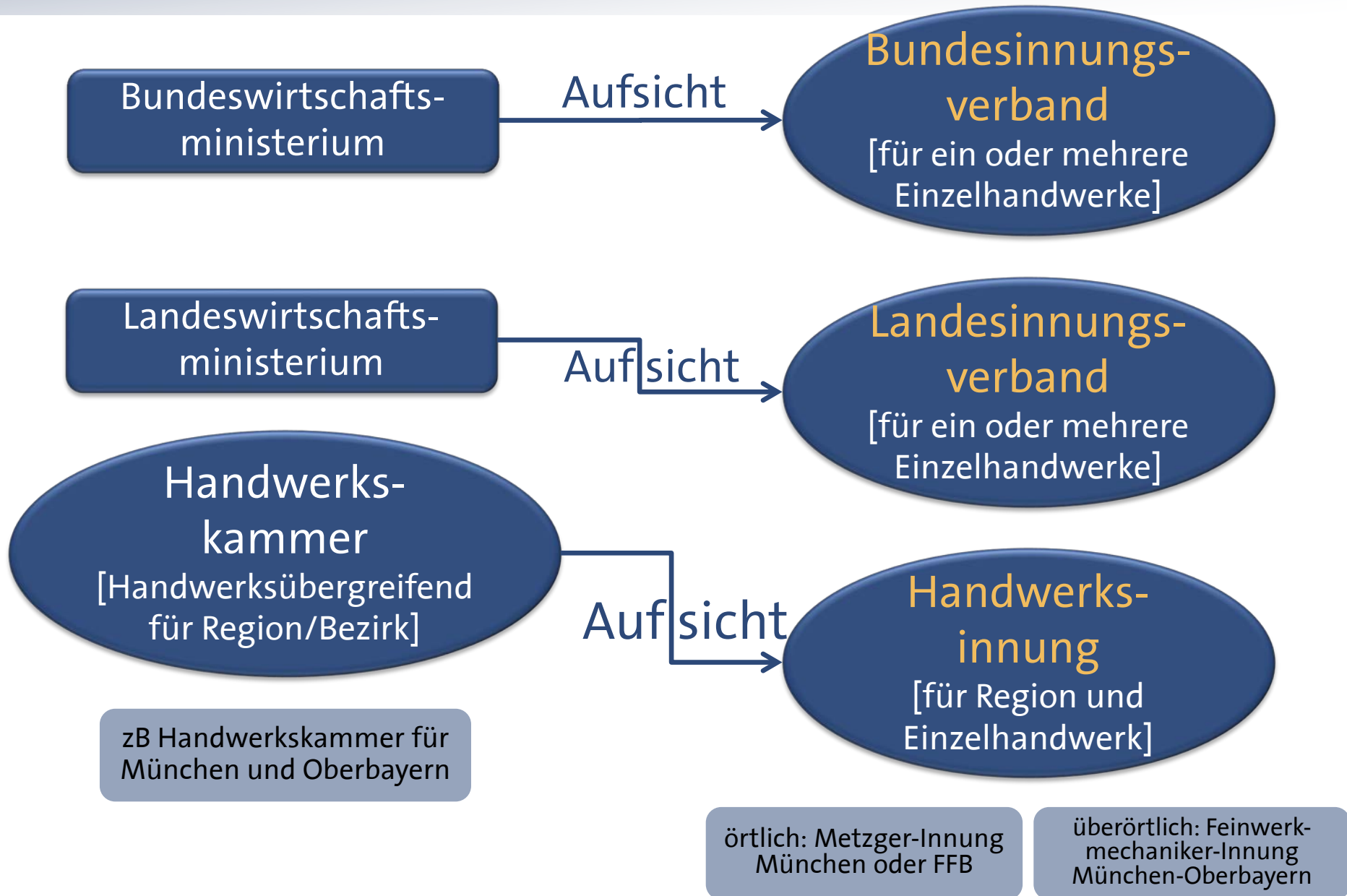
1. Abgrenzung zu Industrie und Minderhandwerk
2. Zuordnung zum einschlägigen Handwerk
3. Handwerksrechtlicher Betriebsbegriff

III. Satzungsautonomie der Innungen?

1. OT-Innungen?
2. Erweiterung und Beschränkung der Zuständigkeit

IV. Prozessuale Klärung der Tarifzuständigkeit?

Handwerksorganisation



I.1 Verliehene Innungs-Tariffähigkeit

- Innungen sind keine autonomen Arbeitgeberverbände
 - Zwar freiwillige Mitgliedschaft
 - Aber vom Staat vorgehalten, Staatsaufsicht, keine Satzungsautonomie, also keine Koalitionen (keine Verfassungsbeschwerdebefugnis)
 - Nach BVerfG 19.10.1966 – 1 BvL 24/65 – BVerfGE 20, 312 = NJW 1966, 2305 mit Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie vereinbar (auch wenn autonome Handwerksverbände behindert werden) – anders sieht dies das BVerfGE 38, 281, 303 für Arbeiterkammern, die keine Ersatzgewerkschaft sein dürfen
- Verleihung der Tariffähigkeit durch § 54 III Handwerksordnung:
„Die Handwerksinnung kann ... 1. Tarifverträge abschließen, soweit und solange solche Verträge nicht durch den Innungsverband für den Bereich der Handwerksinnung geschlossen sind“
- Keine zusätzlichen Anforderungen an die Tariffähigkeit
 - Weder Mächtigkeit noch Leistungsfähigkeit
 - Keine „demokratische“ Organisation
 - Keine Tarifwilligkeit, da der Abschluß von Tarifverträgen gesetzliche Kann-Aufgabe ist

I.2 Vorrang des Landesinnungsverbandes

- § 54 III Nr. 1 HandwO läßt die Tariffähigkeit (!) der Innung entfallen, **soweit und solange** der Landesinnungsverband einen Tarifvertrag abgeschlossen hat:
 - Betroffene Innung muß Mitglied des Landesinnungsverbands sein – andernfalls ist Tarifmachtbegrenzung ihr gegenüber nicht legitimiert. Der Landesinnungsverband agiert als „Spitzenverband“ mit eigener Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit.
 - Ausnahme: Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag – aber nur wenn sich der Innungsverband Einzelhandwerkern öffnet, sonst fehlt ihm die Tarifzuständigkeit
 - „soweit und solange“: der räumliche, betriebliche, persönliche und zeitliche Geltungsbereich des Landestarifvertrages muß sich mit den Innungstarif überschneiden – nur im Überschneidungsbereich scheidet Innungstarif aus.
 - In der **Rechtsfolge** kehrt die Norm das Spezialitätsprinzip der Tarifkonkurrenz um: nicht der örtliche Tarifvertrag schiebt den allgemeinen zur Seite, sondern umgekehrt. Allerdings keine Vorrangregel, sondern Kompetenzregel, ähnlich § 77 III BetrVG
 - Zeitfolge:
 - Innungstarif folgt Landestarif: von Anfang an nichtig.
 - Folgt Landestarif dem Innungstarif, kann letzterer nicht mehr normativ gelten. Etwaige Nachwirkung (allgemein streitig für entfallende Tariffähigkeit) wird vom normativ geltenden Landestarif verdrängt
 - Tritt Landestarif außer Kraft, lebt Innungstarif nicht wieder auf, kann aber neu abgeschlossen werden

I.3 Bundesinnungen und Bundesinnungsverbände

- Auch der Bundesinnungsverband kann Tarifverträge abschließen – kraft der Generalverweisung in § 85 II HandwO. Beispiel: Mindestlohntarif Gebäudereinigung
 - Auch der Bundesinnungsverband ist tarifrechtlich ein Spitzenverband. Gelten kann ein solcher Tarifvertrag deshalb grundsätzlich nur über die Legitimationskette: Mitglied-Innung- Innungsverband-Bundesverband.
 - Nur die AVE kann die mitgliedschaftliche Legitimation ersetzen.
- Der Bundesinnungstarif genießt keinen Sperrvorrang gegenüber Innungs- oder Innungsverbandstarifen. Insoweit bleibt es beim tarifrechtlichen Spezialitätsprinzip in der Tarifkonkurrenz
- Daneben gibt es vereinzelt „Bundesinnungen“, die ein Handwerk bundesweit organisieren. Beispiel: Bundesinnung Gerüstbau. Sie untersteht der Aufsicht der örtlichen Handwerkskammer und ist „einfache Innung“.

I.4 Freie Handwerksverbände?

- Handwerker sind Arbeitgeber und können freie Arbeitgeberverbände bilden, die die Tariffähigkeit nach dem TVG in Anspruch nehmen und unter dem Verfassungsschutz des Art. 9 III GG stehen.
 - Jeder Organisationsvorrang der Innung wäre verfassungswidrig.
- Solche Handwerksverbände haben drei Funktionen:
 - Sie können als Konkurrenz tarifunzufriedener Handwerker „gegen“ die Innung eingesetzt werden, um autonome Tarifverträge herbeizuführen. Doch braucht es dazu eine tarifwillige Gewerkschaft.
 - Bei allgemeinverbindlichen Handwerkstarifen (vor allem für das Bauhandwerk) sorgen „freie Handwerksverbände“ für eine innungsergänzende Sicherung des lückenlosen bundesweiten Tarifvertrags: Einzelne abtrünnige Innungen könnten sonst durch Austritt aus dem Innungsverband die erforderliche bundesweite Tarifmacht „sabotieren“.
 - Schließlich können freie Verbände die Handwerksgrenze zur Industrie überwinden und für eine gemeinsame und einheitliche Tarifregelung sorgen. Derzeit geschieht das durch Tarifgemeinschaften oder gemeinsame Spitzenorganisationen von Industrie- und Innungsverbänden (zB Baugewerbe).

I.5 Zusammenwirken von Innungen und Tarifverbänden

- BAG anerkennt Mitgliedschaft einer Innung in einem Arbeitgeberverband, womit diese die verliehene Tarifmacht weiterdelegiert und die Geltung der Verbandstarifverträge legitimiert (BAG 6.5.2003 – 1 AZR 241/02 – NZA 2004, 562, 563 f für sächsische Bauinnung im baugewerblichen Arbeitgeberverband). Arbeitgeberverband wird zum gemischten Arbeitgeber- und Spitzenverband.
- Daneben sind gemeinsame Spitzenverbände und Tarifgemeinschaften möglich. Zentralverband des Deutschen Baugewerbes vereint Innungsverbände und Industrieverbände.
- Schließlich können Innungen und Innungsverbände handwerksübergreifend einen „Spitzenverband“ bilden – und damit Organisationsfreiheit jenseits der HandwO nutzen. Diese gestattet Innungsverbände nur für »sich fachlich oder wirtschaftlich nahestehender Handwerke« (§§ 79 Abs. 1, 85 Abs. 1 HandwO).
- Bislang nicht geklärtes Sonderproblem: Handwerksbesonderheiten wie Staatseinfluß und „undemokratisch“ geborene Vorstandsmitglieder als Hemmnis für die Tariffähigkeit autonomer Arbeitgeberverbände und Spitzenorganisationen.

I.6 Exkurs: Flucht aus dem Industrie- in den Handwerkstarif?

- Industrietarife können von ihrem Geltungsbereich und von der Tarifzuständigkeit der Industrieverbände her nicht für das Handwerk gelten.
- Wegen des typischen Betriebsbezuges der Tarifverträge und Satzungen kommt es also darauf an, ob eine betriebliche Einheit als Handwerksbetrieb zu qualifizieren ist.
- „Unerkannter Tarifverlust“ tritt ein, wenn die Produktion längst ins Ausland verlagert ist und in Deutschland nur noch Montage und Kundendienst staatfinden, die typischerweise handwerklich aufzufassen sind.
- Daneben kann der Arbeitgeber Montage und Kundendienst gezielt organisatorisch verselbständigen, den Betrieb in die Handwerksrolle eintragen lassen und in die Innung eintreten – und so die Geltung von Handwerkstarifen auslösen, wenn diese mit derselben Gewerkschaft abgeschlossen sind. So kann ein Unternehmen, das Maschinen herstellt und diese auch wartet, mit dem Instandsetzungsteil einen Handwerksbetrieb (der Feinmechanik) darstellen (VG Gelsenkirchen 14.10.2008 – 9 K 478/07 – GewArch 2009, 118).

II. 1 Tarifzuständigkeit: nicht für Industrie und Minderhandwerk

- Die HandwO erfaßt von vornherein keine Industriebetriebe
 - Sehr schwierige gewerberechtliche Abgrenzung des »**handwerksmäßig betrieben**«, handwerksrechtliches Abgrenzungsverfahren in §§ 16, 90 HandwO
 - Unterschiedliche Handhabung von BVerwG und BAG: BVerwG stellt qualitativ auf die Betriebsweise ab, die dort tätigen Fachkräfte und auf das aus den Ausbildungsordnungen folgende Leitbild. Das BAG stellt – wie für den Geltungsbereich typisch – quantitativ auf die Arbeitnehmerzahl ab, berücksichtigt aber auch die Qualifikation (fachspezifische Ausbildung) der Führungskräfte. Deshalb ist ein von einem Konditormeister geleiteter Betrieb eine Konditorei (und keine Bäckerei) [BAG 18.10.2000 – 10 AZR 455/99 – juris; weiter BAG 27.10.2010 – 10 AZR 351/09 – AP Nr. 327 zu § 1 TVG Tarifverträge: Bau: Baugewerbe versus Maler- und Lackiererhandwerk]
- Das BAG ignoriert bislang, daß die gesetzliche Tarifzuständigkeit der Innungen nach der HandwO notwendig handwerksrechtlich geprägt ist – das begrenzt den Geltungsbereich. Wo die Innung nicht zuständig ist, kann sie keine Tarifverträge abschließen

II. 1 Tarifzuständigkeit: nicht für Industrie und Minderhandwerk

- Die HandwO erfaßt nicht das sog. „Minderhandwerk“ oder Kleingewerbe
 - Unstreitig für die Handwerke mit Meisterzwang (Anlage A): Aufstellen von fertigen Grabmalen kein Steinmetzhandwerk (OVG Lüneburg 11.3.2010 – 8 LB 9/08)
 - Streitig für die zulassungsfreien Handwerke (Anlage B).
 - Meinung 1 nimmt das Gesetz beim Wort, das auch für die B-Handwerke die handwerksmäßige Betriebsweise verlangt. Das bestätigt VGH Baden-Württemberg 29.11.2007 – 6 S 2421/05 für ein Nagelstudio, das weder ein Mindestmaß an Fachkenntnissen voraussetzt noch irgendeinen Schwierigkeitsgrad aufweist.
 - Meinung 2 will aus tarifpolitischen Gründen die Geltung des Gebäudereinigungsmindestlohnes für die minderhandwerkliche „Reinigung nach Hausfrauenart“ und zieht dafür die Novelle 2003 heran. Indes ist die Zuordnung allein handwerksrechtlich zu entscheiden. Gesetzesbegründung (BT-Drucks 15/1206, S. 33) eindeutig: »Auch hier bedeutet, wie in § 1 Abs. 2, ›handwerksmäßig‹ nur die Betriebsform ›handwerksmäßig‹ im Gegensatz zur industriellen Betriebsform. ... Als Folge ... werden deshalb ... nur die Betriebe etwa eines in die Anlage B Abschnitt 1 überführten Gewerbes Gebäudereiniger Mitglied der Handwerkskammer, nicht aber Unternehmen, die einfache Gebäudereinigungen durchführen und deshalb Mitglied der IHK bleiben. Ebenso wenig werden beispielsweise die strukturierte Verkabelung, der Zusammenbau von Rechnern aus Modulen und anspruchsvolle Tätigkeiten wie etwa die Entwicklung von Software Tätigkeiten, die zur Mitgliedschaft bei der Handwerkskammer führen, weil das bisherige Handwerk des Informationstechnikers in die Anlage B Abschnitt 1 überführt wird.«
 - Aussagekräftige Rechtsprechung hierzu fehlt.

II.2 Tarifzuständigkeit: Zuordnung zum einschlägigen Handwerk

- Problematisch für allgemeinverbindliche Handwerkstarife (sonst kann man aus der ungeliebten Innung austreten, um den Tarif abzuschütteln).
 - Metallbaumeister führt Baubetrieb, mit dem er überwiegend Leistungen an Bauwerken iSd Baugewerbetarife ausführt, der eigentliche Metallbau spielt eine untergeordnete Rolle – Fall nach BAG 4.12.2002 – 10 AZR 113/02. BAG sortiert nur die tariflichen Geltungsbereichsvorschriften, sieht Tarif-konkurrenz zwischen Bautarifen und Metallbautarifen und wendet die allgemeinen Spezialitätsregeln an. Auch daß Unternehmer Mitglied der Metallbauinnung ist, soll nicht entscheidend sein. Im Ergebnis findet das BAG doch zum Metallbautarif.
 - Daran ist falsch, daß das BAG nicht nach der Tarifzuständigkeit der Bauinnung für den Metallbauer fragt:
 - Ausschließlichkeitsgebot des § 52 Abs. 1 S. 3 HandwO **läßt fachlich überlappende Innungen nicht zu**. Echte unteilbare Mischbetriebe verschiedener meisterpflichtiger Handwerke sind unzulässig, § 1 Abs. 2 Satz 3 HandwO. Fachliche Innungsgrenzen folgen den Handwerksgrenzen, §§ 52 Abs. 1, 3 HandwO. Das wiederum heißt: Ein Metallbauer kann niemals Mitglied der Bauinnung sein (wohl aber im freien Bauarbeitgeberverband). Fehlt der Innung aber die Tarifzuständigkeit, so ist es unmaßgeblich, ob der tarifliche Geltungsbereich einschlägig ist – weil der Tarifvertrag insoweit unwirksam ist.
 - Auf die aktuelle Mitgliedschaft in der Innung kommt es nicht an: Schon die potentielle schließt diejenige in einer anderen Innung und damit deren Tarifzuständigkeit aus.
 - **Vorrang der handwerksrechtlichen Innungszuständigkeit vor der tarifrechtlichen Beurteilung.**

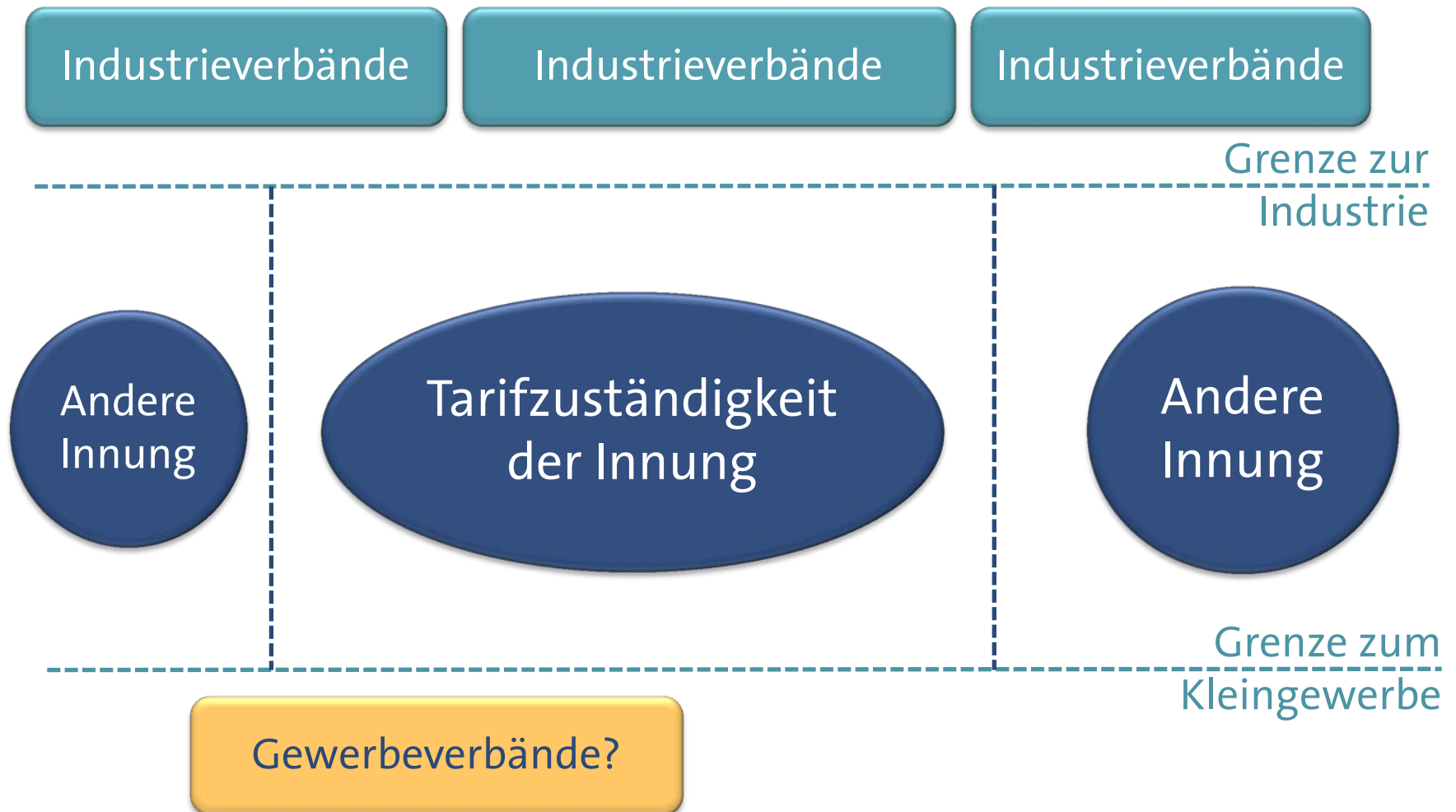
II.2 Tarifzuständigkeit: Zuordnung zum einschlägigen Handwerk

- Konkurrenz von meisterpflichtigen und zulassungsfreien Handwerken: **Vorrang des zulassungspflichtigen Handwerks nach § 1 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 HandwO**
 - Deshalb fällt der Maler auch mit seiner Fliesenlegerei unter die Tarifzuständigkeit der Malerinnung.
 - Umgekehrt ist die Gebäudereinigerinnung nicht zuständig für einen Betrieb, der Maschinen wartet und instandsetzt, auch wenn die Maschine dabei gereinigt wird: Vorrangig ist das zulassungspflichtige Handwerk (Elektromaschinenbau, Elektrotechnik, Feinwerkmechanik); der Betrieb fällt notwendig aus der Gebäudereinigung heraus.
 - Ebensowenig ist die Bauinnung zuständig für den Elektrotechniker (meisterpflichtig), der auch zulassungsfreie Kabelverlegung im Hochbau betreibt.
- Anders als im Tarifrecht kommt es nicht auf die „überwiegende Tätigkeit“ an, sondern allein darauf, ob ein nicht unwesentlicher Teil der Betriebstätigkeit der Meisterpflicht unterfällt

II.2 Tarifzuständigkeit: Handwerksrechtlicher Betriebsbegriff

- Die HandwO hat in §§ 1, 3 einen eigenen Betriebsbegriff – für ihn gilt das **Prinzip des einheitlichen Betriebes in der einheitlichen Innung**. Dementsprechend ist die gesetzliche Tarifzuständigkeit der Innung auf diesen Betrieb ausgerichtet, daran können Tarifverträge nichts ändern.
- Damit scheitern solche Tarifverträge, die – wie diejenigen des Baugewerbes – an die **»selbständige Betriebsabteilung«** anknüpfen. Kein „Nichtbauhandwerker“ kann mit einer bloßen Bauabteilung Mitglied der Bauinnung werden, weil er kein Bauhandwerk betreibt. Eine solche Anknüpfung ist nur über freie Arbeitgeberverbände möglich.
- Der handwerksrechtliche Betriebsbegriff knüpft anders als der arbeitsrechtliche daran an, daß handwerkliche Arbeiten von getrennt eingesetztem Personal mit fachlich separater Leitung ausgeübt werden. Stellt ein Unternehmen Maschinen her und wartet diese, so kann der Instandsetzungsteil eigenständiger Handwerksbetrieb (der Feinmechanik) sein (VG Gelsenkirchen 14.10.2008 – 9 K 478/07 – GewArch 2009, 118).
- Die Betriebe müssen **handwerksrechtlich selbständig** sein. Daran fehlt es, wenn der eine Betrieb als **Hilfsbetrieb** iSv § 3 III HandwO aufzufassen ist, der nach § 3 I HandwO vom Handwerksrecht und damit der Innungszuständigkeit nicht erfaßt wird. Handwerksrechtlich wird nur der **»Nebenbetrieb«** erfaßt, der eine »mittlere« Selbständigkeit im handwerksrechtlichen, nicht tarifrechtlichen Sinn aufweist (*Honig*, Rechtsfragen um den handwerklichen Nebenbetrieb, GewArch 1989, 8). Ein solcher Nebenbetrieb kann aber wegen der eingeschränkten Tätigkeit auch als Minderhandwerk aufzufassen sein oder einen nur unerheblichen Umfang iSv § 3 Abs. 2 HandwO aufweisen. Dann ist der Hauptbetrieb allein maßgeblich, so daß etwa die Montage von Fenstern im Rahmen eines Fensterhandels kein Glaserhandwerk darstellt (BVerwG 23.6.1983 – 5 C 37/81 – BVerwGE 67, 273) und also nicht in die Tarifzuständigkeit der Glaserinnung fällt.

Innungstarifzuständigkeit



III.1 Satzungsautonomie: OT-Mitgliedschaft?

- Auch Handwerksinnungen wollen ihren Mitgliedern mitunter eine tariflose Mitgliedschaft anbieten. Dabei sind wie bei den Arbeitgeberverbänden zwei Modelle zu scheiden: Das Zwei-Verbände-Modell teilt die Verbandstätigkeit auf einen Tarifverband und einen tariflosen Verband auf; das Mitglied wählt dann, ob es eine oder zwei Mitgliedschaften will (so: VBM und BayME). Im Zwei-Mitgliedschaften-Modell dagegen sieht zwei unterschiedliche Mitgliedschaften im einheitlichen Verband vor. Tarifrechtlich sind für freie Arbeitgeberverbände beide Modelle anerkannt.
- Handwerksrechtlich hat das VG Braunschweig (17.3.2010 – 1 A 272/08 – GewArch 2010, 314) das **Zwei-Mitgliedschaften-Modell verworfen** und die Verweigerung der Genehmigung zur Satzungsänderung durch die aufsichtführende Handwerkskammer gebilligt: Die HandwO kenne nur »Vollmitgliedschaft« des § 58 Abs. 1 und Gastmitgliedschaft des § 59. Zweck der §§ 54 Abs. 3 Nr. 1, 82 Satz 2 Nr. 3, 85 Abs. 2 Satz 1 HandwO sei es, durch die Verleihung der Tariffähigkeit an Innungen und Innungsverbände, die Tarifautonomie im Bereich des Handwerks zu fördern und »den Gewerkschaften einen schlagkräftigen Tarifpartner zur Seite zu stellen«.
 - Indes: Der Abschluß von Tarifverträgen gehört nur zu den »Kann-Aufgaben« der Innung, weswegen jede Innung die Tariffähigkeit insgesamt aufgeben kann (auch wenn der Gewerkschaft dann der Tarifpartner fehlt). Deswegen ist es unlogisch, daß die von der HandwO verliehene, aber dispositive Tariffähigkeit nicht auf »tarifwillige« Mitglieder reduziert werden kann.
- Das Zwei-Verbände-Modell läßt sich von vornherein nicht hindern: Jede Innung kann die Tariffähigkeit als »Kann-Aufgabe« insgesamt aufgeben und als OT-Verband fungieren. Handwerker, die die Tarifbindung wollen, könnten sich in einem autonomen tarifwilligen Arbeitgeberverband des Handwerks neben der Innung organisieren.

III.2 Satzungsautonomie: Zuständigkeitsänderung?

- **Keine allgemeine Satzungsautonomie:** Innungen und Innungsverbände können ihre Zuständigkeit nur erweitern, wenn die HandwO das vorsieht.
- **Fachlich/Betrieblich:** Nach § 58 I 2 HandwO kann die Innung durch Satzung im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit ihre Zuständigkeit auf Gewerbetreibende ausdehnen, die ein dem Handwerk **fachlich oder wirtschaftlich nahestehendes handwerksähnliches Gewerbe** ausüben, sofern für dieses keine Ausbildungsordnung erlassen worden ist. § 84 HandwO erlaubt dem Landesinnungsverband die Zuständigkeitserstreckung auf »Vereinigungen von Inhabern handwerksähnlicher Betriebe oder Inhaber handwerksähnlicher Betriebe« (Verweis auf § 18 HandwO). Eine Öffnung für nicht-handwerkliche Gewerbe, insbesondere Minderhandwerk, ist unzulässig.
 - Zuständigkeitserweiterung muß nicht die Tarifzuständigkeit betreffen: Es steht der Innung oder dem Innungsverband frei, die Zuständigkeitserweiterung auf Muß oder Soll-Aufgaben des § 54 I, II HandwO zu beschränken und für den erweiterten Organisationsbereich keine Tarifzuständigkeit zu beanspruchen.
 - Umgekehrt kann die Innung oder der Innungsverband partiell auf die Kann-Aufgabe der Tariffähigkeit verzichten, also autonom seine Tarifzuständigkeit einschränken – auf bestimmte Handwerksbetriebe. So könnte die Innung oder der Innungsverband Betriebe unterhalb einer bestimmten Belegschaftszahl ausnehmen. Auch wenn eine Innung mehrere fachlich oder wirtschaftlich nahestehende Handwerke organisiert (§ 52 Abs. 1 HandwO), ist es denkbar, Tarifverträge nur für eines dieser Handwerke abschließen zu wollen. Grenze ist Art. 3 GG.
- **Personell:** Nach § 79 HandwO kann sich der Landesinnungsverband durch Satzung selbständigen Handwerkern als unmittelbaren Einzelmitgliedern öffnen und dadurch eine originäre Tarifzuständigkeit begründen.
 - Wer weder Handwerk noch handwerksähnliches Gewerbe betreibt, kann nach § 59 HandwO nur Gastmitglied der Innung werden – für ihn kann ein handwerklicher Tarifabschluß nicht gelten.

IV. Prozessuale Klärung der Innungszuständigkeit

- **Zentrales und vom BAG bislang ignoriertes Problem ist also die von der HandwO definierte und begrenzte betriebsbezogene Innungszuständigkeit , die auf die Tarifzuständigkeit durchschlägt.** Wie kann diese geklärt werden?
- Für Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sieht § 97 ArbGG ein besonderes Statusverfahren vor – zur verbindlichen Klärung von Tariffähigkeit oder Tarifzuständigkeit einer „Vereinigung“.
 - Literatur hält Innungen als Vereinigung für antragsbefugt, aber kann sie auch Verfahrensgegenstand sein?
 - Richtigerweise nein: Innung ist keine Koalition, alle Rechtsfragen sind wirtschaftsverwaltungsrechtlich, für die Zuständigkeit der Kammern sind die Verwaltungsgerichte zuständig, auch paßt die oberste Arbeitsbehörde nicht, weil Handwerksfragen bei den Wirtschaftsministerien ressortieren.
- **Verwaltungsrecht kennt keine entsprechende Statusklage zur Feststellung der Innungszuständigkeit**
 - Aber Normenkontrolle nach § 47 VwGO für die Innungssatzung (in den meisten Ländern)
 - Feststellungsklage gegen Meisterpflicht für A-Handwerke (BVerwG 31.8.2011 – 8 C 8/10 – BVerwGE 140, 267), etwa des Minderhandwerkers
 - Bei allgemeinverbindlichen Innungstarifen: Verwaltungsgerichtlicher Angriff gegen die AVE, die ihrerseits von der Tarifzuständigkeit abhängt (BVerwG 28.1.2010 – 8 C 19/09 – NZA 2010, 718; 28.1.2010 – 8 C 38/09 – NZA 2010, 1137). Richtigerweise kann damit auch geltend gemacht werden, daß sich Handwerksbetrieb außerhalb des (von der Tarifzuständigkeit begrenzten) Geltungsbereichs bewegt.
- **Sonst bleibt nur: Inzidentkontrolle**
 - Vor den Arbeitsgerichten, wenn Rechte aus dem Tarifvertrag geltend gemacht werden (Beitrag SOKA)
 - Vor den Finanzgerichten gegen Kontrollmaßnahmen der FKS
 - Vor den Strafgerichten bei Verfolgung wegen § 266a StGB oder AEntG-Owis